

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 26.06.2024 - 27.06.2024.

Verbot der Forderung eines Kalifats

Die öffentliche Forderung nach einem Kalifat durch extremistische Gruppen stellt eine direkte Bedrohung für die demokratischen Grundwerte und die Sicherheit unserer Gesellschaft dar.

In vielen europäischen Staaten ist die Forderung nach einem Kalifat bereits strafbar. Diese Maßnahme hat sich als wirksam erwiesen, um extremistische Aktivitäten einzudämmen und die gesellschaftliche Stabilität zu schützen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert die österreichische Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz auf, gesetzliche Schritte einzuleiten, um die öffentliche Forderung nach einem Kalifat als strafbare Handlung zu definieren und angemessene Sanktionen dafür vorzusehen

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

